

NACHRICHTEN

PARTEI DARF NICHT ZUM CSD
CDU ausgesperrt

Die Veranstalter des Christopher Street Day (CSD) haben die CDU wegen ihres Kurses bei der Homo-Ehe ausgeschlossen. Sie reagieren auf angeblich „verfassungswidrige Entscheidungen“ der Partei. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Jan-Marco Luczak aus Tempelhof-Schöneberg, der sich als Mitglied der „Wilden 13“ für eine steuerliche Gleichstellung homosexueller Paare einsetzt, hält das für falsch. „Es geht doch beim CSD um Toleranz“, sagte er der taz. Der Wandel, den es bei dem Thema in der CDU gerade gebe, werde durch die Ausladung konterkariert. (sta) Siehe SEITE 14

ERÖFFNUNG DES FLUGHAFENS
Wowereit will bleiben

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) will die Eröffnung des neuen Hauptstadtflughafens nach eigenen Worten als Regierungschef erleben. „Der Flughafen wird eröffnet werden, und ich werde dabei sein – als Regierender Bürgermeister“, sagte Wowereit dem Magazin Cicero. Einen Starttermin gibt es nicht, Beobachter rechnen mit 2015. Wowereit bekannte, dass er wegen des Flughafendebakels im Januar dieses Jahres an Rücktritt gedacht habe. „Verantwortung“ habe ihn dazu bewegt, im Amt zu bleiben. „Ich bin gewählt für diese Legislaturperiode.“ (dpa)

NEUE AUSSTELLUNG IM PERGAMONMUSEUM
Großstädte gab's auch schon früher

Das Pergamonmuseum ermöglicht ab Donnerstag einen Blick auf die erste Großstadt der Welt. Unter dem Titel „Uruk – 5.000 Jahre Megacity“ werden in der 600 Quadratmeter großen Ausstellung erstmals die Ergebnisse von einem Jahrhundert archäologischer Forschungsarbeit im heutigen Südirak präsentiert, teilten die Staatlichen Museen zu Berlin am Mittwoch mit. Die damals von der Deutschen Orientgesellschaft begründeten Ausgrabungen in Uruk laufen seit 1912 und sind heute das wichtigste Forschungsprojekt des Deutschen Archäologischen Instituts im Irak.

Der nahe dem Fluss Euphrat liegende Ort gilt mit 5,5 Quadratkilometern als größte Ruinenstätte Babyloniens. Dort wurde die erste Schrift der Menschheit erfunden, auch entstand dort mit dem Gilgamesch-Epos das älteste dichterische Werk.

Älteste Metropole

Fotos, 3-D-Simulationen und Grabungsfunde sollen in der Ausstellung die Entstehung und Blütezeit der weltweit

ältesten Metropole veranschaulichen, die rund drei Jahrtausende Bestand hatte. In Berlin ist die Dokumentation bis 8. September zu sehen. Danach wandert sie für ein halbes Jahr in das Mannheimer Reissmuseum. Die Uruk-Sammlung des Deutschen Archäologischen Instituts wird an der Universität Heidelberg betreut. (epd)



Stadtbewohner, älteres Semester
Foto: ap/dpa

HINTERHOF VOR RÄUMUNG
Tacheles verliert

Jetzt müssen auch die letzten Tacheles-Rebellen gehen: Am Mittwoch verloren die Künstler, die seit der Räumung des Kunsthauses im September auf dem Hinterhof ausharren, ihren Räumungsprozess vor dem Landgericht. Sie müssten das Areal sofort freigeben, sagte ein Gerichtssprecher. Die Künstler kündigten an, nicht freiwillig zu gehen. Sie hatten argumentiert, dass der Hinterhof von rund 30 Künstlern „fluktuativ“ besetzt werde und es so keinen Verantwortlichen für die Herausgabe gebe. Das Tacheles wird von der HSH Nordbank zwangsverwaltet und soll versteigert werden. (ko)

Après 65 ans, la Maison de France va quitter le Ku'damm

UMZUG Das Institut Français zieht in die französische Botschaft, die Zukunft des Cinema Paris ist offen

Keine Protestplakate in den Schaufenstern, keine Flugblattaktionen am Eingang, keine verheulten Augen am Empfang. Nach wie vor sind im Institut français Karikaturen von Klaus Stuttmann zu sehen. Äußerlich weist wenig darauf hin, dass es das 1950 gegründete Maison de France am Kurfürstendamm, Ecke Uhlandstraße, ab Mitte 2015 nicht mehr geben soll. Frankreich verkaufte einen beträchtlichen Teil seiner Immobilien im Inland wie im Ausland, so begründet die französische Botschaft als Hausherr die Aufgabe des französischen Kulturinstituts in der City West.

anderes Erlebnis als die synchronisierte Fassung. Kinobetreiber ist allerdings nicht das Institut Français, sondern die Yorck-Gruppe. Deren Geschäftsführer waren am Mittwoch für eine Auskunft nicht zu erreichen. Das Cinema Paris mit seinen 325 Plätzen und seiner rotplüschigen 50er-Jahre-Atmosphäre ist eines der wenigen verbliebenen Eisaalkinos der Stadt.

Frankreich hatte das Haus 1991 gekauft und den Kinobetrieb an die Yorck-Gruppe verpachtet. Nach Angaben der Betreiber ist das Cinema Paris „in Deutschland mit Sicherheit das Kino mit dem höchsten Anteil französischer und europäischer Filme“. Im Jahr 2011 betrug er nach Yorck-Zahlen 91 Prozent.

Das Programm des Institut Français mit seiner Mediathek, seinen Kulturveranstaltungen und Sprachkursen soll ins Botschaftsgebäude am Pariser Platz verlegt werden. „Die Aktivitäten werden wie bisher fortgeführt und am neuen Standort sogar ausgebaut werden können“, verspricht die Botschaft. Zudem soll es keine Kündigungen geben. Das Gebäude war nach französischen Angaben ursprünglich auch für eine solche Nutzung vorgesehen, man sah nach den Anschlägen vom 11. September 2001 aber zunächst davon ab.

Jetzt will man das Botschaftsgebäude in zwei Bereiche aufteilen: einen von der Wilhelmstraße aus öffentlich zugänglichen und einen stärker gesicherten mit Eingang am Pariser Platz. Das Maison de France hatte 1983 traurige Schlagzeilen gemacht, als es Ziel eines Sprengstoffanschlags mit einem Todesopfer war.

STEFAN ALBERTI

„Die Aktivitäten werden noch ausgebaut werden können“

FRANZÖSISCHE BOTSCHAFT

Hintergrund der Verkaufstrennung sollen die Bemühungen sein, den französischen Staatshaushalt zu sanieren. Wer das 1897 errichtete und nach dem Zweiten Weltkrieg durch die französische Militärregierung umgebaute Eckhaus in bester Einkaufslage übernimmt, soll noch offen sein. Es gebe noch keine Käufer, sagte eine Botschaftssprecherin der taz.

Unklar ist deshalb auch, was aus dem Cinema Paris wird, das als eines von wenigen Kinos in Berlin Filme in französischer Originalfassung oder im Original mit Untertiteln zeigt. Beispielsweise „La vie en rose“, den Film über das Leben von Edith Piaf, in französischer Sprache zu sehen bzw. zu hören war ein ganz

Geld scheffeln ist nicht alles

ÖKONOMIE Unternehmen aus der Region haben mit der Umsetzung der Gemeinwohlökonomie begonnen. Nun legen sie die ersten Nachhaltigkeitsbilanzen vor



Soll nicht nur Gewinn abwerfen: die Druckerei Oktoberdruck Foto: Santiago Engelhardt

VON SEBASTIAN PUSCHNER

Berlin und Brandenburg auf dem Weg zu einem alternativen Wirtschaftssystem: Wie in elf anderen europäischen Städten haben gestern Unternehmen aus der Region ihre Bilanzen nach dem Prinzip der Gemeinwohlökonomie vorgestellt. Der Tiefkühlhändler Ökofrost, die Bäckerei Märkisches Landbrot, die Druckerei Oktoberdruck und andere wollen so Geld zum Mittel und Menschenwürde, Solidarität, Kooperation und ökologische Verantwortung zum Zweck allen Wirtschaftens machen.

Konkrete Folgen hatte das bereits für die Sekretärin des Potsdamer Steuerberaters Andrej Philipp: „Ich habe ihr Gehalt erhöht, um so die Einkommensspreizung in unserer Kanzlei zu

verringern“, sagt Philipp. Denn die gerechte Einkommensverteilung ist einer von 17 Gemeinwohlindikatoren, auf die hin Philipp und die anderen ihre Unternehmenspolitik untersuchen ließen. Einer ausführlichen schriftlichen Selbsteinschätzung folgte dabei entweder die gegenseitige Bewertung der Unternehmen untereinander oder die Untersuchung durch einen externen Auditor. Letzteren Weg gingen Ökofrost und Märkisches Landbrot. Der Lieferbäcker mit Sitz in Neukölln erreichte so 652 von 1.000 Punkten. Sowohl förderlich als auch abträglich war dabei die Struktur des Unternehmens: Es gehört einem alleinigen Eigentümer. Weil deshalb keine Gewinne an Externe abfließen, erhielt Märkisches Landbrot die in dieser Kategorie maximal

möglichen 60 Punkte. Bei innerbetrieblicher Demokratie und Transparenz dagegen gab es nur 9 von 90 Punkten, etwa weil Protokolle aus der Führungsebene nur deren Mitgliedern zugänglich sind. „In diesem Bereich haben wir offenbar ein Problem“,

„Ich habe erst mal das Gehalt meiner Sekretärin erhöht“

STEUERBERATER ANDREJ PHILIPP

sagt Geschäftsführer Christoph Deinert.

Mitarbeiter bilden nur eine Gruppe, mit der die Gemeinwohlökonomie die angestrebten Werte eines Unternehmens in Einklang bringen will. In der Bi-

lanzierung geht es um alle, mit denen die Firma in Berührung kommt: Lieferanten, Kunden, Geldgeber und das gesellschaftliche Umfeld. Der Beitrag zum Gemeinwesen etwa wird mit bis zu 40 Punkten belohnt. Nur sechs davon hat Ökofrost erreicht – weil der 15-Mitarbeiter-Betrieb sich bisher nur punktuell außerhalb des eigenen Betriebs engagiert, etwa bei der Überreichung von Bio-Brotboxen an Erstklässler. Nun sollen die Mitarbeiter gemeinsam diskutieren, ob es für solch ein kleines Unternehmen überhaupt Sinn macht, Energie auf andere Bereiche als den eigenen, ohnehin gemeinwohlorientierten Geschäftszweck zu verwenden.

Stark ist Ökofrost beim ethischen Beschaffungsmanagement: Das Unternehmen kauft ausschließlich Bio-zertifizierte Lebensmittel und nachhaltig gefangenen Fisch ein, um Einzel- und Großhandel damit zu beliefern; es bezieht Ökostrom sowie nachhaltig hergestellte Büromaterialien und hat diverse Stromsparmaßnahmen eingeführt. Ergebnis: 66 von 90 möglichen Punkten. Auf Lagerung und Logistik hat Ökofrost nur begrenzten Einfluss, weil es für diese Bereiche aus Effizienzgründen einen Dienstleister beschäftigt; so lehnte der Betreiber der Kühlhäuser das Angebot von Ökofrost ab, Photovoltaikanlagen auf deren Dächern zu bauen.

Insgesamt erreicht das Unternehmen 520 Punkte. Doch die Punktezahl sei nicht das Wichtigste, sagt Geschäftsführer Florian Gerull. „Wir haben mit der Gemeinwohlökonomie jetzt ein seriöses Modell, mit dem wir messen können, was wir uns vorgenommen haben.“

Wirtschaft + Umwelt SEITE 9

LOKALPRÄRIE

SPRACHEN

■ Italienischer Muttersprachler mit langjähriger Erfahrung als Lehrer gibt Italienischunterricht (Grammatik und/oder Konversation) auf jedem Niveau. Vereinbaren Sie Ihre individuellen Termine mit mir. Ich freue mich darauf, Sie telefonisch (☎ 0176 200 768 59) zu beraten.

SONSTIGES

■ Beiladungen, Umzüge, Umzugsmaterial, BRDweit, Standby, sofort umzugsbahnhof, zapf.de ☎ 0800 61 61 62

ATLAS der GLOBALISIERUNG
Die Welt von morgen
NEU!
Bestellen Sie direkt
www.shop.taz.de

taz.thema
Weiter
BILDUNG am 18. Mai
Anzeigenschluss: 9. Mai
Weiterbildung: geförderte Weiterbildung für Arbeitssuchende
Schule: Sanierungsstau an Berliner Schulen geht auf Kosten des Unterrichts
Kontakt: Natalie Stöterau
T (030) 259 02-156
anzeigen@taz.de

Flüchtlinge sollen in früherer Klinik wohnen

ASYL Sozialsenator Mario Czaja verpflichtet mit Vivantes zum ersten Mal ein landeseigenes Unternehmen, in einem leer stehenden Gebäude in Reinickendorf eine Unterkunft für Asylbewerber einzurichten

Erstmals hat Sozialsenator Mario Czaja (CDU) ein landeseigenes Unternehmen verpflichtet, eine Unterkunft für Flüchtlinge herzurichten. In ein freies Gebäude der ehemaligen Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik in Wittenau im Bezirk Reinickendorf werden 200 Flüchtlinge in eine Notunterkunft ziehen. Notunterkünfte kann der Senat an den Bezirken vorbei akquirieren. Eine Beschlagnahme des Gebäudes, die Czaja bereits letzten Winter kooperationsunwilligen Bezirken

wie Reinickendorf angedroht hatte, sei das jedoch nicht, so seine Sprecherin Regina Kneiding: „Die Maßnahme erfolgt im Einvernehmen mit Vivantes.“

In Berlin drängen sich 5.612 Asylsuchende auf 5.480 Plätzen in Asylbewerberheimen. Derzeit kommen deutlich mehr Asylsuchende nach Berlin als im Vorjahr, in dem die Zahlen bereits hoch waren. Im Januar und Februar waren es eineinhalbmal so viele wie im Vergleichszeitraum 2011, im März sogar dreimal so

viele. Die Zahl wird Prognosen zufolge weiter steigen. „Wir benötigen kurzfristig 1.100 zusätzliche Plätze für neue Flüchtlinge“, so Sprecherin Kneiding. „Dazu kommen 1.000 weitere Plätze, um den Menschen, die derzeit noch in befristeten Notunterkünften schlafen, eine dauerhafte Bleibe zu geben.“

Kritik an der neuen Unterkunft kommt von der SPD. Deren Wittenauer Wahlkreisabgeordneter Thorsten Karge hält das Gebäude, „das eher an eine Kaserne

als an ein Wohnhaus erinnert“, als menschenwürdige Unterbringung für ungeeignet. Zudem liege das Haus in der Nähe des Marie-Schlei-Hauses, das gerade gegen massive Bürgerproteste und Widerstände des Bezirks Reinickendorf als Asylbewerberunterkunft hergerichtet wird. „Jetzt ist Reinickendorf in der Pflicht, durch Öffentlichkeitsarbeit dafür zu sorgen, dass rassistische Stimmungen verschwinden“, sagt Karges Kollege Hakan Tas von den Linken. **MARINA MAI**